Telegraphendrahtpacht Berlin-Dresden.

Dieses Blatt erscheint täglich früh 7 Uhr i. d. Exped.: Marienstr. 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 15 Pfge. Numm. 10 Pfge. Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annoncen für uns nehmen an: Die Annoncen-Bureaux's Haasenstein & Vogler; — Rudolf Mosse; — Daube & Comp.; — Invalidendank; — G. Müller in Görlitz; — Rob. Sieh in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Halle; — Steiner in Hamburg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Fernsprech-Stellen Nr. 11 (Altst.) u. 582 (Neust.)

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile kostet 15 Pf. Eingesandt die Zeile 30 Pf. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge erledigen wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pf.

Feine garnirte Gegenstände
mit und ohne Stickerei
empfehlen zu passenden Festgeschenken für Herren und Damen
Hartmann & Saam.
Schloss-Strasse 17, gegenüber dem Kgl. Schloss.

Puppen
gekleidet und ungekleidet, empfehlen in grosser Auswahl
J. Bargou Söhne, Dresden,
Sophienstr. 6 u. Wilsdrufferstr. 21b am Postplatz.

Stets das Neueste in
Hüten u. Schirmen
5 Neumarkt 5 und
29 Schloss-Strasse 29
Jacques Lippmann.
Fernsprechstelle No. 81.

Neuheiten
erscheinen unausgesetzt.
Alle Stickerei-Materialien in grösster Auswahl.

Tapisserie-Manufactur
Altmarkt C. HESSE Altmarkt
Königl. Hoflieferant.

Vorjährige Muster
weit unter Kostenpreisen.
Beste Erledigung jeder Extrabestellung.

Nr. 340. 28. Jahrgang. Auflage: 38,000 Expl. | Aussichten für den 6. Dec.: Mäßiger Nordwind, ziemlich heiter, feine oder geringe Niederschläge, Frost. | Dresden, 1883. Donnerstag, 6. Decbr.

Politisches.

Das Kapital hat kein Vaterland — aber die Kapitalisten könnten sich von Zeit zu Zeit erinnern, daß sie Vaterlandspflichten haben. Der Börse Moral predigen wollen, hieße Wasser in einen lecken Eimer schöpfen; nur die Interessen geben dort den Ausschlag. Wenn man also die deutschen Kapitalisten warnt, ihre Taschen zuzuhalten, wenn heute oder morgen Herr Bankier Mendelssohn u. Comp. in Berlin zur Subscription auf die neue russische Anleihe auffordert, so darf man sicher sein, daß eine patriotische Mahnung, das deutsche Geld im Vaterlande fruchtbringend arbeiten zu lassen, unbeachtet in den Wind verhallen würde. Aber vielleicht der Umstand, daß diese Anleihe recht sehr ihren Haken hat, hält schließlich die Klügeren zurück. Es klingt recht schön: 6 Proc. Zinsen steuerfrei in Gold und 100 Rubel für 97 zu erhalten und noch dazu mit „dem Vorbehalt der Kaiserl. russischen Regierung, die Anleihe nach 10 Jahren pari eventuell zurückkaufen zu wollen". Mit diesem Vorbehalt aber sieht es erstens etwas fraglich aus. Und entscheidend für den vernünftigen Kapitalisten ist doch die gebotene Sicherheit, der wirthschaftliche Aufschwung Deutschlands durch die neue Zollpolitik und das Vertrauen auf eine friedliche Gegenwart haben das Geld billig gemacht. Gute Hypotheken werden in größeren Werthen mit 3½ Proc. bezahlt. Die vor 10 Jahren mit 5 Proc. verausgabten Stadt-Anleihen sind fast alle auf 4 Proc. convertirt worden. Die deutschen Staatsrentenpapiere geben nur 3 bis 4 Proc. Wer also solid dasteht, verspricht nicht blankweg 6 Proc. Gold für 97 Proc. Kapital. Abgesehen von der intriguanten Art, wie das kriegerisch gesinnte Rußland den Frieden betont, nur um Geld bei uns borgen zu können und selbst die Intervention des russischen Kaisers zu diesem Zweck in Scene setzt — die beiden Kaiser Alexander und Wilhelm persönlich empfinden sicherlich die tiefste Friedensliebe, aber die moskowitische Partei frägt nicht viel nach der Hauspolitik des Zaren; — abgesehen von dem unaufrichtigen Gebahren, wie diese Anleihe eingeleitet wurde, sprechen einfach die Ziffern gegen ihre Bonität. Der russische Staat wird Zinsen zahlen; ja, so lange er kann. Rußland hatte mit Ablauf des Jahres 1879 incl. der Schuld von 900 Millionen Rubel Kriegskosten aus dem letzten Türkenkriege bereits 4,480,000 000 Rubel Staatsschulden. Angeblich sind davon Eisenbahnzuschüsse mitbestritten worden, die zurückgezahlt werden müßten, indeß, die russischen Bahnen rentiren nicht derart, daß sie daran denken können. Zu diesen 4480 Millionen sind im Jahre 1880 abermals 250 Millionen neue Schulden hinzugekommen und ein Theil der Banknoten, deren in einem Jahre 465 Millionen Rubel fabricirt worden sind und zwar in einem Jahre, wo wieder 300 Mill. Rubel Orient-Anleihe Nr. III. aufgenommen wurden. Mehr zu sagen, verbietet uns die russische Druckerschwärze, die so überreichlich vorhanden ist, wenn es gilt, das deutsche „Zeitungsgift" unschädlich zu machen; man überzieht mißliebige Artikel von A bis Z mit Schwärze. Die Deutschen in Rußland borgen dem fragwürdig regierten überschuldeten Rußland auch ohne Warnung Nichts. Innerhalb der ungeschwärzten Grenze jedoch möchten wir warnen vor dem Sirenenlied Mendelssohns u. Comp. und empfehlen, gegenüber der Melodie von 6 Proc., Cours 97 rückzahlbar pari, die Ohren und die Taschen zuzuhalten.

Das Centrum des Berliner Abgeordnetenhauses hat den Feldzug gegen die Staatspraxis in Sachen des katholischen Kirchenrechtes eröffnet. Herr Reichensperger brachte formell einen Antrag ein, der diesmal nicht gegen einzelne Härten der Kulturkampfgesetze sich richtet, und nicht einen modus vivendi anstrebt, sondern radikal die Wiederherstellung der kirchlichen Rechte der Katholiken fordert, wie sie vor der Falk'schen Aera bestanden haben. Wer sähe hinter diesem kühnen strategischen Zug nicht die blitzenden Augen des kleinen Generalissimus Windhorst! Es handelt sich um nichts weniger als um die 1873 aufgehobenen Paragraphen 15, 16 und 18 der Verfassung. Die Maigesetze unter Falk wären unmöglich gewesen, hätte man diese drei Paragraphen damals nicht aufgehoben. Sie lauten:

Art. 15. Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religions-Gesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.

Art. 16. Der Verkehr der Religions-Gesellschaften mit ihren Oberen ist ungehindert. Die Bekanntmachung kirchlicher Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, denen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen.

Art. 18. Das Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist, soweit es dem Staate zusteht und nicht auf dem Patronat oder besonderen Rechtstiteln beruht, aufgehoben.

In keinem Fall ist Aussicht vorhanden, daß der Antrag des Centrums auf Wiederherstellung dieser Paragraphen einen praktischen Erfolg haben werde. Bis zu diesem Grad kann der Staat alles was von 1873 bis 1879 an Maigesetzgebungen geleistet und gesündigt worden ist, nicht ungeschehen machen. Darum handelt es sich bei dem Antrag auch nicht, sondern er ist ein Schachzug gegen Bismarck. Letzterer unterhandelt über die Köpfe der deutschen Centrumskämpfer hinweg mit Rom direkt, und dem heiligen Vater liegt wohl mehr an der Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler und dem Staate, als an der Liebe des Centrums. Dieses fürchtet kalt gestellt zu werden, da auch die katholische Wählerschaft seit dem weisen Einlenken des Staates in ein gutes Einvernehmen mit Rom, weit ruhiger und sogar kampfesüberdrüssig geworden ist. Nun ist es das Centrum, welches den Kulturkampf wieder anschnürt, um politisches Kapital zu schlagen aus den möglichfalls eintretenden Verlegenheiten der Regierung. Was letztere zu dem Antrag sagen wird, ist unerfindlich. Daß aber die Konservativen jetzt den erneuten Feldzug der Ultramontanen mitmachen sollten, ist schwer glaubhaft — und ohne Mitgehen der Konservativen ist der Antrag ohne Bedeutung, wenigstens ohne Folgen.

Die für die Volkswirthschaft und die deutschen Finanzen sehr empfindliche Frage, ob unsere Artillerie vermehrt werden müsse, und das Gerücht, es stünde eine diesbezügliche hohe neue Forderung des Militäretats bevor, ist von der offiziösen Presse in das Bereich müssiger Erfindungen verwiesen worden. Mißtrauisch, wie man nun einmal sein muß, beachtet man seitdem die militärwissenschaftliche Literatur, und siehe da, die Artillerievermehrungsfrage ist vorhanden und vielleicht gar ihrer Lösung schon nahe. Es wäre vorwitzig ohne weiteres dem Reichstag eine schroffe Ablehnung einer jeden Mehrforderung zu empfehlen. Denn zur ersten Bedingung des Wohlbefindens in einem Hause gehört die Sicherheit in demselben vor Einbrechern. Ist diese Sicherheit nicht vorhanden, so ist aller innere Werthbesitz des Hauses in Frage gestellt und illusorisch. Natürlich wird die Militärverwaltung zu beweisen haben, was denn plötzlich unserer Artillerie fehlt. Aber auch vor dieser Beweisführung ist ein flüchtiger Einblick in die Artillerie-Statistik Deutschlands und Frankreichs nützlich. Die demokratische Presse, z. B. die „Frank. Ztg.", ist zwar überhaupt der Meinung, die Artillerie sei bei der modernen Taktik der Infanterie nur im Wege. Aber diese Ansicht fußt nur auf einseitigen Erfahrungen, die man bei Wörth, Spichern und etwa Gravelotte, sowie bei Königgrätz und Jicin in coupirtem und steilem Terrain gemacht haben mag. Im Gegentheil, die Artillerie ist zwar nicht die Waffe der Zukunft, wie Janin sagte, aber sie wird die von der Infanterie geführte Schlacht entweder entscheiden, oder doch in ihren Folgen fixiren.

Nun zählt Frankreich als Kriegsformation 754,100 Mann mit 2622 Geschützen. Dies ergiebt für 1000 Mann 3½ Geschütze. Deutschland zählt als Kriegsformation 675,000 Mann und 2040 Geschütze. Dies ergiebt für 1000 Mann ziemlich genau nur 3 Geschütze. Die gesammte Wehrkraft Frankreichs zählt 1,487,300 Köpfe und 3486 Feldgeschütze, diejenige Deutschlands 1,287,630 Mann mit 2832 Feldgeschützen. Hieraus folgt zunächst, daß Frankreich 594 Feldgeschütze mehr hat, wie Deutschland. Ferner ergiebt sich für Frankreich ein Verhältniß von 2,4 Geschützen, bei uns von 2,3 Geschützen für 1000 Mann. Hieraus folgt, wie aus den Zahlen ersichtlich ist, daß Frankreich nicht nur absolut, sondern auch im Vergleich mit der Infanterie Deutschland an Feldartillerie numerisch überlegen ist.

Möglich, daß eine Fühlung in der „Badischen Landeszeitung" einen offiziösen Werth hat; in derselben kommt der militärwissenschaftliche Autor zu der Ansicht, es sei sehr wünschenswerth, wenn recht bald unsere reitende Artillerie der Frankreichs, Oesterreichs und Rußlands ebenbürtig gemacht würde, und schon im Frieden die komplete Bespannung von 6 Geschützen erhielte, was in jenen Ländern bereits der Fall sei. Nun, sollten in dieser Beziehung Geldmittel gefordert werden, so wird der Reichstag die Gewährung der Mittel schwerlich prinzipiell versagen, aber von genaueren Nachweisen des Bedürfnisses abhängig machen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 5. Decbr.

Berlin. Abgeordnetenhaus. Eine lange, lebhafte Debatte rief der Antrag des Dr. Stern und der Fortschrittspartei auf Einführung der geheimen Abstimmung bei Landtags- und Communalwahlen hervor. Dr. Stern begründete den Antrag mit Wahlbeeinflussungen seitens der Regierung, des Großgrundbesitzes, der Großindustrie ꝛc. Als Preußen Frankfurt a. M. eroberte, obgleich es mit dieser Stadt in gar keinem Kriege war, wurde derselben eine Gemeindeverfassung octroyirt, in welcher das geheime Stimmrecht enthalten war. In der seiner Zeit vom Minister Grafen Eulenburg vorgelegten Städte-Ordnung war gleichfalls das geheime Wahlrecht in Aussicht genommen. Die Regierung sei also prinzipiell für die geheime Abstimmung. Minister des Innern v. Puttkamer erklärte, die Regierung setze diesem Antrage entschiedenen Widerstand entgegen. Er legte ausführlich dar, daß die geheime Abstimmung bei den Reichstagswahlen zur Hebung der öffentlichen politischen Moral nicht beigetragen habe, und daß die preußische Regierung ernstlich erwäge, ob sie ihren Einfluß im Bundesrath nicht dazu benutzen solle, an Stelle der geheimen die öffentliche Abstimmung für Stadtverordneten-Wahlen zu setzen. Die Erklärung des Ministers von Puttkamer, wonach die Regierung erwäge, ob sie nicht ihren Einfluß bei dem Bundesrathe dahin geltend machen könne, daß auch bei den Reichstagswahlen die öffentliche Abstimmung eingeführt wird, rief große Bewegung hervor. Virchow meinte, damit werde eine der Grundsäulen des Reichsbaues gestürzt, was der Minister bestritt. Auch die Vorgänge bei der Berliner Stadtverordnetenwahl kamen zur Sprache. Virchow und Hänel warfen der Regierung Wahlbeeinflussungen vor. Der Minister führte dagegen aus dem amtlichen Material Beispiele fortschrittlicher Wahlmißbräuche vor. Für den Antrag sprach sich von Reichensperger-Olpe aus und Windthorst vom Centrum. Letzterer erklärte den letzten Finger für die Beibehaltung der geheimen Abstimmung bei den Reichstagswahlen erheben zu wollen. Von Hammerstein (deutsch-konservativ) erklärte sich gegen Abänderung des Wahlsystems bis nach Durchführung der kaiserlichen Botschaft und bis in der korporativen Zusammenfassung aller christlichen Elemente des Staatslebens die Grundlage für ein neues Wahlsystem (Ständische Vertretung) gegeben. Graf Popdowski (freikonservativ) und Prof. Gneist (nationalliberal) sind gegen den Antrag. Weil noch gar nicht entschieden sei, welches Wahlsystem besser ist, die Frage ist noch nicht spruchreif. Die Berathung wird morgen fortgesetzt.

Wien. Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses erklärte Plener Namens der deutschen Verfassungspartei, daß sie aus politischen Gründen nicht im Stande sei, weiterhin Referate zu übernehmen; da die Anschauungen des Obmanns Hohenwart und Plener's ob einer Nichtannahme des Referats nach der Geschäftsordnung zulässig sei, differirten, ließ Hohenwart über die Frage abstimmen. Dieselbe wurde mit Majorität bejaht und die Vertheilung des Referates hierauf vertagt.

Paris. An der heutigen Börse wurden zwei Skandale bekannt. Das Verschwinden des Direktors der verkrachten „Credit de France", Namens Lepelletier, mit Hinterlassung bedeutender Börsendifferenzen, ferner die nach Unterschlagung großer Summen erfolgte Flucht eines angeblichen Deutschen, Namens Auspitz.

Madrid. Das Truppenmanöver, wozu die Truppen im Paradeanzug ausrückten, fand in der Ebene von Carabanchel statt. Der König und der Kronprinz begaben sich Nachmittags 1 Uhr dahin, auch der Prinz von Bayern wohnte den Manövern bei. Heute Abend bringen die Studenten dem Kronprinzen eine Serenade. Die Abreise des Kronprinzen nach Sevilla ist auf Freitag Abends 6 Uhr bestimmt. Der Gesandte Solms begleitet den Kronprinzen auf der ganzen Reise bis zur Wiedereinschiffung. Wie verlautet, beabsichtigt König Alfons dem Kronprinzen das Husarenregiment „Pavia" zu verleihen. Bisher bestand eine Regiment-Inhaberschaft in Spanien nicht.

Madrid. Der König hat sich gestern Morgens mit dem Kronprinzen des deutschen Reiches und von Preußen und dem Prinzen Ludwig Ferdinand von Bayern (Schwager des Königs) nach dem Escurial begeben und ist Nachts mit seinen hohen Gästen hierher zurückgekehrt. Der Präfect von Sevilla erhielt anläßlich der Abreise des Kronprinzen die nöthigen Weisungen. Der Kronprinz trifft am 8. d. M. Abends in Sevilla ein. Einer Meldung hiesiger Blätter zu Folge schifft sich der Kronprinz bestimmt am 15. d. M. in Barcelona ein, welches für ihn einen warmen Empfang vorbereitet.

London. Die Antwort Granvilles auf das Schreiben des Deputirten Palmer dementirt das Gerücht, daß Egypten von England zur Herstellung eines zweiten Suezkanals aufgefordert worden sei.

Kalkutta. Der Vicekönig hat am 4. d. Mts. in Gegenwart des Herzogs und der Herzogin von Connaught und begleitet von den Vertretern der Civil- und Militärbehörden, sowie von einer Anzahl indischer Fürsten, die hiesige Weltausstellung feierlich eröffnet. In seiner Eröffnungsrede sprach der Vicekönig die Hoffnung aus, daß die Ausstellung, indem sie Indiens Interessen mit denjenigen anderer Länder in Berührung bringe, für Indien von segensreichen Folgen sein möge. Hierauf verlas der Vicekönig ein Telegramm der Königin Victoria, in welchem der Ausstellung der beste Erfolg gewünscht wird.

Die **Berliner Börse** eröffnete fest und belebt, namentlich in Lokalwerthen. Auf internationalem Gebiete kamen nur geringe Veränderungen vor. Später wurde der Verkehr geringer. Schluß fest, ebenso die Nachbörse. Spekulative Banken gut behauptet, theilweise etwas höher, Kassabanken still und fest, fremde Bahnen kaum verändert, deutsche Bahnen mehrfach höher, namentlich Mecklenburger. Oesterreichische Prioritäten gut behauptet, Bergwerke höher, namentlich Kohlensachen. Auch für Industrien bestand vorwiegend gute Meinung. Deutsche Fonds ziemlich fest, fremde Renten behauptet, nur Russen nachgebend infolge des Dementi über die in Aussicht gestellte politische Neuorganisation.

Frankfurt a. M., 5. December. Credit 237⅝. Staatsbahn 264½. Lombarden 118⅝. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 241½. Oesterr. Goldrente —. 6% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierrente —. Diskonto —. Egypter 64⅝. Gotthardbahn 93. Mainzer —. Still.

Wien, 5. December. Credit 282,10. Staatsb. 312,50. Lombarden 130,83. Elbethal —. Nordwestb. 164.60. Marknoten 59.12. Ung. Credit 279,50. Fest.

Paris, 5. December. (Schluß.) Rente 77,87. Anleihe 106,25. Italiener 91,15. Staatsbahn 661,25. Lombarden 303,15. do. Prioritäten 290. Egypter 324. Oesterr. Goldrente 82⅝. Träge.

Amsterdam (Produkten), 5. December. (Schluß.) Weizen März 258, weichend. Roggen März 161, Mai 163, steigend.

London (Getreidemarkt), (Schluß) 5. December.) Weizen ruhig, unverändert. Amerikanischer Mais knapp, fest, anderes träge, williger.

Lokales und Sächsisches.

— Ihre Maj. die Königin besuchte gestern das Magazin von Bernhard Schäfer, Pragerstraße 49, und die Kunstgewerbehalle mit längerem Besuche und machte mehrere Weihnachtseinkäufe.

— Der Prokurist der J. Volkmar'schen Buchhandlung in Leipzig, Adolf Riese, erhielt das Ritterkreuz 2. Kl. vom Albrechtsorden.

— Durch Anerkennungs-Urkunden des Kgl. Landes-Konsistoriums wurden neuerdings ausgezeichnet: Weber Friedrich Schönfelder in Wittgendorf, Gutsauszügler Traug. Rautenstrauch in Reinersdorf bei Großenhain und Tuchmachermeister Friedrich Günther in Lößnitz bei Schneeberg.

— Ohne zu kargen, streute gestern die 2. Kammer nicht unbeträchtliche Summen nach dem Erzgebirge behufs Erweiterungen von Bahnhofsanlagen. Auch nach Dresden kommen davon 53,280 Mk., nämlich zur Vollendung des Erweiterungsbaues auf dem Elbquai an der Marienbrücke; diese ganzen Anlagen kosten infolge Gleisvermehrungen bei der Weißeritz 284,800 Mk. Ueber diese Angelegenheit referirte Abg. Döhlinger. Die so vielfach gewünschte Verlegung der Weißeritzmündung vor der Marienbrücke hinweg nach Briesnitz zu hätte recht wohl hierbei von einem der Dresdner Abgeordneten zur Sprache gebracht werden können. Geschah aber nicht. Die Vertreter der Provinz ließen es sich nicht entgehen, ihre betr. Wünsche zu verlautbaren. So rügte Abg. Speck bei der Forderung von 122,600 Mk. zur Vergrößerung des Bahnhofs Aue Gleisverlängerung, Abbruch des ohnehin baufälligen Anheizgebäudes und des Kohlenschuppens, dafür Erbauung einer Lokomotivenremise, die sehr gefährlichen Verkehrsverhältnisse auf dem Bahnhof Aue selbst. Die Lößnitzer Chaussee führe über mehrere Schienenstrecken und die Anlage neuer Rangirgeleise beseitige keineswegs alle Gefahr für die Sicherheit des Publikums. Geh. Finanzrath Hoffmann: Das Administrationsgebäude des Bahnhofs Aue habe zwischen den Schienen sog. Insellage. Aehnliche Insellagen finden sich noch auf mehreren Bahnhöfen, nämlich da, wo sich mehrere Bahnen kreuzen. Wo ein großer Verkehr ist, kann man diesen Uebelstand nur gründlich durch eine Untertunnelung beseitigen, wie dies bezüglich des Bahnhofs Gößnitz jetzt beantragt ist. Bei dem Bahnhof Aue sei aber diese sehr kostspielige Maßregel wegen des dasigen weit geringeren Verkehrs zunächst noch nicht in Aussicht genommen. Abg. Niethammer: Das ganze Bahnhofsgebäude in Aue genüge überhaupt dem Verkehr nicht mehr und auf dem Perron könne das Publikum vor lauter Postpacketverkehr sich gar nicht bewegen. Ref. Mehnert hat darüber keine Klage gehört; der vorgeschriebene Erweiterungsbau werde wohl noch einige Jahre ausreichen. Die Summe selbst wird einstimmig bewilligt. Für Geleisanlagen u. s. w. auf dem Bahnhof Zöblitz sind 35,710 Mk. gefordert. Abg. v. Kirchbach schildert die unzureichenden Zustände im Stationsgebäude selbst; es fehle sogar eine Hausflur und die Passagiere würden in einen ganz kleinen Restaurationsraum eingepfercht. Noch schlimmer sei es, daß es an einem jeden Zugang nach dem Pockauthale vom Zöblitzer Bahnhof aus fehle. Man solle die Einführung einer Straße nach dem Zöblitzer Bahnhofe bei der Vermehrung der Geleisanlagen mit ins Auge fassen. Für Bahnhof Wilkau werden 71,850 Mk. zu verschiedenen Erweiterungsbauten, um den gestiegenen Verkehr bewältigen zu können, bewilligt. Für Herstellungen auf der Güterstation Jägersgrün sind 52,970 Mk. gefordert. Man will ein Anheizhaus für 2 Lokomotiven erbauen und es ermöglichen, daß der Fahrplan auf der Linie Chemnitz-Aue-Adorf so eingerichtet wird, daß man mit dem Abendzuge nach Schönheide und Eibenstock kommen kann, statt jetzt in Aue übernachten zu müssen. Eine Petition aus Schöneck, welche verlangt, daß das Heizhaus dahin und nicht nach Jägersgrün gebaut wird, ist erst heute bei der Kammer eingelaufen, als daß sie noch geprüft werden könnte. Der Minister von Könneritz entgegnet, daß der Willfahrung dieses Gesuchs der Umstand entgegenstehe, daß der Abendzug, der künftig von Aue abgelassen werden soll, so spät nach Schöneck käme, daß er gar nicht benutzt würde. Auch jetzt werde der Nachtzug erst nach 1 Uhr in Jägersgrün eintreffen. Abg. v. Pollenz freut sich, daß das östliche Vogtland besser mit Eisenbahnanlagen bedacht wird. Das Heizhaus passe übrigens besser nach Jägersgrün als nach Schöneck. Letzteres meint auch der Referent Mehnert, da in Schöneck der Platz noch enger sei als in Jägersgrün. Gleichwohl wird auf Antrag des Abg. Grehl, der sich der Schönecker Petition annimmt, die Angelegenheit mit 36 gegen 31 Stimmen nochmals an die Deputation zurückverwiesen. — Außerdem wurde noch die Wahl des Abg. Fränzel für giltig erklärt, obwohl, wie v. Oehlschlägel referirte, auch hier Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, so hat in einem Dorfe die Wahl statt von 9—2 Uhr